

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Batterieforschung

3,2 Mrd. Euro für gemeinsames
Projekt von sieben Ländern

Seite 3

IM FOKUS

Europäisches Semester

EU stellt Klimawende ins
Zentrum der Wirtschaftspolitik

Seite 4

Strafzölle

EU-Kommission wappnet sich
für Blockade der WTO

Seite 6

Die nächste Ausgabe der
EU-Nachrichten erscheint am
16. Januar 2020.



Mit einem europäischen
Grünen Deal will Ursula von
der Leyen die EU bis 2050
klimaneutral machen.

Credit © European Union, 2019

EUROPÄISCHER GRÜNER DEAL

EU legt ambitioniertes Klimaschutzprogramm vor

Knapp zwei Wochen nach Amtsantritt hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den europäischen Grünen Deal vorgestellt. Das Klimaprogramm legt dar, wie Europa bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent gemacht und die Wirtschaft nachhaltiger werden kann. „Der europäische Grüne Deal ist unsere neue Wachstumsstrategie – für ein Wachstum, das uns mehr bringt als es uns kostet“, sagte von der Leyen. Bereits im März 2020 will die EU-Kommission ein Gesetzespaket zum Klimaschutz vorstellen. Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament müssen dem Vorhaben noch zustimmen.

> Die Staats- und Regierungschefs der EU unterstützten „das Ziel, bis 2040 im Einklang mit den Zielen des Übereinkommens von Paris eine klimaneutrale Union zu erreichen“, heißt es in den Schlussfolgerungen des EU-Gipfels.

„Wir werden unserer Wirtschaft dabei helfen, zum globalen Vorreiter zu werden, indem sie vor allen anderen handelt und indem sie schnell handelt“, erklärte Kommissionspräsidentin von der Leyen und fügte hinzu: „Indem wir dem Rest der Welt als Vorbild für Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit dienen, können wir auch andere Länder überzeugen, mit uns gleichzuziehen.“ Der europäische

Grüne Deal umfasst einen Maßnahmenfahrplan, um den effizienten Umgang mit Ressourcen zu fördern. Dazu gehört der Übergang zu einer sauberen und kreislauforientierten Wirtschaft, um den Klimawandel aufzuhalten, die Schadstoffbelastung zu verringern und den Verlust an Biodiversität zu stoppen. Das Klimaprogramm erstreckt sich auf alle Wirtschaftszweige – Verkehr, Energie, Landwirtschaft und Gebäude sowie die Stahl-, Zement-, IKT-, Textil- und Chemieindustrie. Konkret bedeutet das zum Beispiel:

> Im Verkehr sollen die Emissionen an Kohlendioxid bis 2050 um 90 Prozent sinken. >>

OMBUDSFRAU WIEDERGEWÄHLT

Emily O'Reilly bleibt Bürgerbeauftragte

Das Europäische Parlament hat Emily O'Reilly in ihrem Amt als Bürgerbeauftragte der Europäischen Union bestätigt. Die Irin O'Reilly setzte sich im dritten Wahlgang mit 320 zu 280 Stimmen gegen die Jura-Professorin Julia Laffranque aus Estland durch.

Die ehemalige Journalistin hat das Amt seit 2013 inne und machte sich als Vorkämpferin für mehr Transparenz einen Namen.

Die Seite der Ombudsfrau

“ Wir sind entschlossen, den Klimawandel zu bekämpfen und in eine Chance für die Europäische Union umzuwandeln. Natürlich sind wir uns bewusst, dass nicht jede Region die gleiche Ausgangslage hat und manche einen weiteren Weg vor sich haben. ”

Ursula von der Leyen,
EU-Kommissionspräsidentin

- >> Dazu will die EU-Kommission die Entwicklung alternativer Kraftstoffe wie Wasserstoff und Antriebsarten wie Elektromobilität vorantreiben sowie den Güterverkehr auf der Schiene europaweit ausbauen.
- > Der Emissionshandel für Treibhausgase soll ausgeweitet werden.
- > In der Landwirtschaft sollen 40 Prozent des EU-Agrarhaushalts in den Klimaschutz fließen.
- > In der Wirtschaft wird die Entwicklung neuer Märkte für klimaneutrale und kreislauforientierte Produkte auf den Weg gebracht. So soll die Stahlindustrie in der EU bis 2030 klimaneutral arbeiten.
- > Ein Just Transition Fonds von 100 Milliarden Euro wird von der Umstellung besonders betroffene Regionen beim Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützen. Polen beharrte auf dem EU-Gipfel zudem auf besonderen Übergangsfristen.

Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans erklärte: „Wir befinden uns in einem Klima- und Umwelt-

notstand“ und merkte an: „In unserem Plan wird dargelegt, wie Emissionen verringert, unsere Umwelt und Natur wiederhergestellt, unsere Wildtiere und -pflanzen geschützt und neue wirtschaftliche Chancen geschaffen werden können, sodass auch die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger verbessert werden kann.“

Zur Verwirklichung der Ziele des europäischen Grünen Deals sind erhebliche Investitionen nötig. Um die derzeitigen Klima- und Energieziele bis 2030 zu erreichen, müssen Schätzungen zufolge jährlich 260 Mrd. Euro zusätzlich investiert werden. Das entspricht zirka 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2018. Dafür müssen sowohl der öffentliche als auch der private Sektor mobilisiert werden. Die Kommission wird Anfang 2020 einen Investitionsplan für ein nachhaltiges Europa vorlegen.

Mindestens 25 Prozent des langfristigen EU-Haushalts sollten zudem in den Klimaschutz fließen. Die Europäische Investitionsbank (EIB) wird weitere Unterstützung leisten. Damit der Privatsektor zur Finanzierung der grünen Wende beitragen kann, wird die Kommission 2020 eine grüne Finanzierungsstrategie vorlegen.

Die EU-Kommission wird zudem im März 2020 einen Klimapakt auf den Weg bringen, damit Bürgerinnen und Bürger mitreden können und eingebunden werden, wenn neue Maßnahmen konzipiert und Informationen ausgetauscht, Maßnahmen auf Bürgererebene ergriffen und Lösungen vorgestellt werden, denen andere folgen können. (pr) >|

■ [Mehr zum Klimaplan der EU-Kommission](#)

Der europäische Grüne Deal

Was geschieht, wenn wir nicht handeln?

Bei einem Temperaturanstieg um 4,3°C

sind **16%** der Arten vom Aussterben bedroht.



In den südlichen Regionen der Europäischen Union wird

40% weniger Wasser zur Verfügung stehen.



Der Klimawandel könnte bis 2050 zu einem **Anstieg der Lebensmittelpreise** um **20%** führen.



“ Die Kosten des Übergangs sind hoch, sie werden jedoch viel höher sein, wenn wir nicht tätig werden. ”



2,2 Millionen

Menschen sind jedes Jahr von Überschwemmungen in den Küstengebieten betroffen.



ELEKTROMOBILITÄT

EU-Kommission billigt 3,2 Mrd. Euro für Batterieforschung

Die Europäische Kommission hat ein von Deutschland, Belgien, Finnland, Frankreich, Italien, Polen und Schweden gemeinsam angemeldetes Vorhaben zur Förderung von Forschung und Innovation bei Batterien für die Elektromobilität genehmigt. Die sieben Mitgliedstaaten werden bis zu 3,2 Mrd. Euro bereitstellen, was private Investitionen von 5 Mrd. Euro mobilisieren soll. Ziel ist, über den Stand der Technik hinausgehende Innovationen entlang der gesamten Batterie-Wertschöpfungskette an Standorten in Europa zu ermöglichen. „Die Batteriefertigung in Europa ist für unsere Wirtschaft und Gesellschaft von strategischem Interesse“, erklärte Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager.

In Deutschland werden unter anderem Projekte der Unternehmen Varta und BASF sowie ein deutsch-französisches Vorhaben zur Batterieproduktion im Opel-Werk Kaiserslautern gefördert.

■ *Auf dem Weg zur neuen Mobilität*

RICHTLINIE

EU erleichtert Zugang zu Trinkwasser

Der Zugang zu Trinkwasser für Europas Bürgerinnen und Bürger wird erleichtert, zudem werden die Grenzwerte für Chemikalien, etwa Chrom, und für Mikrokunststoffe verschärft. Die Kommission begrüßt die vorläufige Einigung, die das Europäische Parlament und der Rat über die Neufassung der Trinkwasser-Richtlinie erreicht haben. Die Überarbeitung geht auf die Initiative der Europäischen Bürgerinitiative „Right2Water“ zurück.

Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius wies darauf hin, dass die Bürger die Kommission laut und deutlich aufgefordert hätten, eine Initiative vorzuschlagen, um den Zugang der Europäer zu sicherem Trinkwasser zu gewährleisten. Die Kommission sei dieser Aufforderung nachgekommen. So soll es künftig im öffentlichen Raum mehr Wasserspender geben. Die Mitgliedstaaten können auch die Ausgabe von Trinkwasser in Gaststätten – entweder kostenlos oder gegen ein geringes Entgelt – fördern.

■ *Neufassung der Trinkwasser-Richtlinie*

DER FALL DAPHNE CARUANA GALIZIA

EU-Kommission drängt Malta zu unabhängigen Ermittlungen

Die EU-Kommission hat Malta aufgefordert, bei den Ermittlungen im Fall der ermordeten Journalistin Daphne Caruana Galizia die Unabhängigkeit der Justiz sicherzustellen. Jüngste Debatten hätten gezeigt, dass die Anstrengungen erhöht werden sollten, „beispielsweise bei der Gewährleistung einer effektiven und unabhängigen Strafverfolgungsbehörde mit klarem Schutz vor politischer Einmischung“, schrieb EU-Justizkommissar Didier Reynders in einem Brief an Maltas Justizminister Owen Bonnici. Daphne Caruana Galizia war im Oktober 2017 durch eine Autobombe getötet worden. „Ihre Ermordung war ein Angriff auf die Freiheit der Presse und stellt ein ernstes Anliegen für ganz Europa dar“, erklärte Vizepräsidentin Věra Jourová im Europäischen Parlament.

Die Journalistin Daphne Caruana Galizia hatte an einem Bericht über Korruption gearbeitet und die Existenz einer verborgenen Offshore-Firma aufgedeckt. Im Zuge der Ermittlungen hatte Maltas Premier Joseph Muscat für Januar 2020 seinen Rückzug angekündigt. Sein Stabschef Keith Schembri hatte bereits sein Amt niedergelegt.

■ *Stellungnahme der EU-Kommission*

NACHHALTIGKEIT

Standards für grüne Finanzprodukte

Die Europäische Union hat sich auf Regeln für nachhaltige Finanzprodukte verständigt. „Dank dieser grünen Liste oder Taxonomie werden Investoren und Industrie zum ersten Mal eine Definition dessen haben, was ‚grün‘ ist, was den nachhaltigen Investitionen einen echten Schub verleihen wird“, erklärte Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, nach der Einigung zwischen den Unterhändlern von Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten.

Die weltweit erste Übereinkunft zur Klassifizierung nachhaltiger Finanzprodukte zielt darauf ab, grüne Geldanlagen und Investitionen zu fördern. Grundlage ist eine EU-weit harmonisierte Einteilung grüner Anlagemöglichkeiten, eine sogenannte Taxonomie. Nachhaltige Finanzprodukte werden demnach – je nach Klimaeffekt – künftig in drei Kategorien eingeteilt: CO₂-arm (low-carb), Übergangstechnologie (Transition) und zukunftsweisend (Enabler). Wie Investitionen in Atomenergie eingestuft werden, wird bis Ende 2021 geregelt.

■ *Die grüne Investitionshilfe*

EUROPÄISCHES SEMESTER

EU-Kommission stellt Klimawende ins Zentrum der Wirtschaftspolitik

Der Green-Deal-Klimaplan der EU prägt auch die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der EU-Kommission. Im nächsten Zyklus des Europäischen Semesters zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten soll nach den Vorstellungen der Kommission eine wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit im Mittelpunkt stehen.

analysiert die EU-Kommission deshalb die geplanten haushaltspolitischen, makroökonomischen und strukturellen Reformen der Mitgliedstaaten. Sie gibt den EU-Ländern daraufhin länderspezifische Empfehlungen für die kommenden zwölf bis 18 Monate.

Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident für eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, umschrieb die kommenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen so: „Unser Wirtschaftsmodell ist in einem grundlegenden Wandel begriffen. Klimawandel, Digitalisierung und demografische Veränderungen machen eine Anpassung unserer Wirtschaftspolitik erforderlich, damit Europa auf der Weltbühne eine wichtige Akteurin im Wettbewerb bleibt – und sich dabei durch Fairness und Nachhaltigkeit auszeichnet. Gleichzeitig müssen sich die EU-Länder stärker vor den globalen Risiken schützen, die sich abzeichnen.“ Mitgliedstaaten mit Haushaltsdefiziten ermahnte Dombrovskis, „den Schuldenstand zu senken“. Zugleich rief er Länder mit haushaltspolitischem Spielraum wie Deutschland auf, „Investitionen noch stärker anzukurbeln.“



Valdis Dombrovskis (rechts) rief die Länder mit haushaltspolitischem Spielraum auf, Investitionen noch stärker anzukurbeln.

> Im Einklang mit dem von den Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Gipfel gebilligten Grünen Deal für eine umweltverträgliche Wirtschaft soll mit der neuen Strategie erreicht werden, dass Europa weiterhin „die weltweit fortschrittlichsten Sozialsysteme hat, zum ersten klimaneutralen Kontinent wird und ein dynamisches Zentrum von Innovationen und wettbewerbsfähigen Unternehmen bleibt“. Erstmals werden auch die UN-Ziele zur nachhaltigen Entwicklung in das Europäische Semester integriert.

Der Kommissar für Wirtschaft, Paolo Gentiloni, kündigte an, dies werde eine seiner obersten Prioritäten sein. „Ab jetzt stellen wir die Klimawende ins Zentrum unserer wirtschaftspolitischen Steuerung. Denn wenn wir sagen, dass der europäische Grüne Deal Europas neue Wachstumsstrategie ist, dann meinen wir das auch so“, sagte Gentiloni bei der Vorstellung des Europäischen Semesters in Straßburg.

Das Europäische Semester wurde 2010 eingeführt, damit die EU-Staaten ihre Wirtschaftspolitik besser aufeinander abstimmen und ökonomische Herausforderungen gemeinsam angehen. Jedes Jahr

Deutscher Leistungsüberschuss schmilzt

Insgesamt stellte die EU-Kommission für 13 Mitgliedstaaten ein wirtschaftliches Ungleichgewicht fest, nämlich Bulgarien, Kroatien, Zypern, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, die Niederlande, Portugal, Rumänien, Spanien, Schweden und Deutschland.

Für Deutschland bemängelte die Kommission – wie schon in den Vorjahren – den Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft, „wenngleich dieser 2018 leicht zurückgegangen ist“, wie der Bericht vermerkt. „Da sich der Außenhandel abschwächt, findet eine Verlagerung hin zu einem stärker von der Inlandsnachfrage getriebenen Wachstum statt. Dementsprechend dürfte sich der Leistungsbilanzüberschuss zwar weiter verringern, aber auf einem hohen Niveau bleiben und eine weitere Erhöhung bei dem bereits sehr erheblichen Nettoauslandsvermögensstatus zur Folge haben“, so der Bericht der Kommission. Zugleich warnte sie vor den Gefahren eines überhitzten Wohnungsmarkts in Deutschland. (pr) >|

Europäisches Semester

Anlass für die Einführung des Europäischen Semesters war die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise 2007, die sich 2008 zu einer Krise für den Euro entwickelte. 2011 wurde das Europäische Semester zum ersten Mal durchgeführt. Es läuft jeweils von November bis Juli. In der zweiten Jahreshälfte folgt dem Europäischen Semester ein Nationales Semester, in dem die Mitgliedstaaten die jeweiligen Länderspezifischen Empfehlungen des Rates der EU bei der Budgeterstellung berücksichtigen sollen.

■ Mehr zum Europäischen Semester

SOZIALBERICHT

Die Lage auf Europas Arbeitsmarkt ist so gut wie nie

Mit einer Beschäftigungsquote von 73,9 Prozent sind in der Europäischen Union mehr Menschen in Arbeit als je zuvor. In Deutschland liegt die Quote sogar bei 78,2 Prozent. Das geht aus dem Beschäftigungsbericht der EU-Kommission hervor, den der für Beschäftigung und soziale Rechte zuständige Kommissar Nicolas Schmit in Straßburg vorstellte. Der Bericht ist Teil der neu ausgerichteten Wachstumsstrategie der EU-Kommission und wurde im Rahmen des neuen Zyklus des Europäischen Semesters vorgelegt. Demnach waren in der EU im dritten Quartal 2019 rund 241,5 Millionen Menschen beschäftigt. Das sind rund 17 Millionen Beschäftigte mehr als beim historischen Tiefstand Mitte des Jahres 2013.

> „Die Zahl der Erwerbstätigen befindet sich heute auf Rekordniveau, doch bestehen weiterhin Ungleichheiten“, warnte Schmit.

> So hat die Einkommensungleichheit in der Europäischen Union insgesamt leicht zugenommen und verharrt – verglichen mit dem Zeitraum vor der Finanz- und Wirtschaftskrise – auf einem hohen Niveau. „Im EU-Durchschnitt haben die reichsten 20 Prozent der Haushalte ein Einkommen, das das der ärmsten 20 Prozent um rund das Fünffache übersteigt“, heißt es in dem Bericht der EU-Kommission.

> Auch die Gleichstellung der Geschlechter stellt nach Ansicht der Kommission weiter eine Herausforderung dar. So beträgt das Geschlechtergefälle bei der Beschäftigung zwischen Männern und Frauen im Jahr 2018 EU-weit 11,6 Prozentpunkte, in Deutschland liegt die Differenz bei 8,1 Punkten. „Obwohl Frauen im Durchschnitt ein höheres Qualifikationsniveau als Männer haben, existiert ein Lohngefälle, das im Alter häufig zu einem Rentengefälle führt“, warnt der Kommissionsbericht.

> Die Anzahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen fiel 2018 im sechsten Jahr in Folge. Allein im Jahr 2018 waren demnach rund 2,7 Millionen Menschen weniger von Armut und sozialer Ausgrenzung gefährdet als im Jahr davor. Doch bleiben Kinder und Menschen mit Behinderung „stärker von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht“, stellt der Bericht der EU-Kommission fest. So liegt das Risiko der sozialen Ausgrenzung EU-weit im Jahr 2018 bei 21,9 Prozent, in Deutschland bei 18,7 Prozent.



© Alexander Chizhenok / Shutterstock.com

Nach dem Tiefststand im Jahr 2013 hat sich die Lage auf Europas Arbeitsmarkt wieder erholt. Die Beschäftigungsquote ist auf einem Höchststand.

Soziale Gerechtigkeit müsse ein fester Bestandteil des Grünen Deals sein“, mahnte EU-Kommissar Schmit.

Die Arbeitslosigkeit in der EU fiel im Jahr 2018 auf 6,6 Prozent, in Deutschland betrug sie im selben Zeitraum sogar nur 3,4 Prozent. Auch Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit sinken, „wenngleich sie in einigen Mitgliedstaaten nach wie vor hoch sind“, heißt es im Beschäftigungsbericht. „In einer sich rasch verändernden Welt und einer Wirtschaft, in der Innovation ein entscheidender Faktor ist, müssen wir den Menschen den Arbeitsmarkt leichter zugänglich machen und mehr in die Kompetenzen jener investieren, die sich an den digitalen und ökologischen Wandel anpassen müssen – dies gilt vor allem für die Schwächsten“, mahnte Nicolas Schmit.

Insgesamt macht die Europäische Union große Fortschritte bei der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. So verzeichnen neun der vierzehn Indikatoren des sozialpolitischen Scoreboards eine positive Entwicklung. Negativ vermerkt wird eine teilweise geringe Quote bei der ärztlichen Versorgung sowie die hohe Quote von Schulabbrechern. Letztere lag in Deutschland im Jahr 2018 bei 10,3 Prozent eines Jahrgangs, das ist knapp unter dem EU-Durchschnitt von 10,6 Prozent. (pr)

>|

STRAFZÖLLE

EU-Kommission wappnet sich für Blockade der WTO

Die EU-Kommission hat Pläne für eine Reform des Streitbeilegungsverfahrens der Welthandelsorganisation (WTO) vorgelegt. Damit rüstet sich die EU für eine Blockade der multilateralen Institution und erleichtert den Weg, notfalls Strafzölle zu verhängen. „Mit Blick auf die Stärkung der Position Europas in der Welt muss die EU in Welthandelsfragen Effizienz und Führungsstärke an den Tag legen“, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.



Seit 11. Dezember kann das WTO-Berufungsgremium keine neu eingelegten Rechtsmittel mehr prüfen.

> Zuvor war die Berufung von Richtern für das Berufungsgericht für Streitbeilegungsverfahren der WTO am Widerstand der USA gescheitert. Die für den Welthandel wichtige Organisation ist damit blockiert. „Dies ist überaus bedauerlich und bedeutet einen schweren Schlag für das regelgestützte System des internationalen Handels“, erklärte EU-Handelskommissar Phil Hogan und betonte, ein wirksames Streitbeilegungssystem sei „für die Gewährleistung eines offenen und freien Handels unabdingbar“.

“ Die Europäische Union tritt nach wie vor energisch für das multilaterale Handelssystem ein. ”

Phil Hogan, EU-Handelskommissar

Er fügte hinzu: „Wir befinden uns in einem für den Multilateralismus und das globale Handelssystem entscheidenden Moment. Solange wir mit der Reform der WTO und der Wiederherstellung eines gut eingespielten WTO-Systems beschäftigt sind, können wir es uns nicht leisten, schutzlos dazustehen, falls im Rahmen der WTO keine zufriedenstellende Lösung gefunden werden kann.“

Der Vorschlag der EU-Kommission zur Änderung der bestehenden Durchsetzungsverordnung ist eine unmittelbare Reaktion auf die Blockade des WTO-Berufungsgremiums. Die geltende Verordnung stellt

nach EU-Recht die Grundlage für handelspolitische Gegenmaßnahmen dar. Demnach muss ein Streitfall sämtliche WTO-Verfahren einschließlich des Berufungsstadiums durchlaufen. Erst dann kann die Union mit Strafzöllen reagieren. Solange es kein funktionsfähiges WTO-Berufungsgremium gibt, können sich die WTO-Mitglieder ihren Verpflichtungen entziehen. Zudem können sie einer verbindlichen Entscheidung durch die Einlegung von Rechtsmitteln gegen einen Panelbericht ganz einfach entgehen.

Nach den Plänen der Kommission wird die EU auch dann reagieren können, wenn die WTO keine abschließende Entscheidung im Rechtsmittelverfahren trifft. Das EU-Recht wird demnach so angepasst werden, dass die Verhängung von europäischen Strafzöllen nicht mehr von der Zustimmung der WTO-Streitschlichter abhängig ist. Dies soll es der EU ermöglichen, in Handelskonflikten schnell reagieren zu können.

Dieser neue Mechanismus gilt auch für die Streitbeilegungsbestimmungen, die in den regionalen oder bilateralen Handelsabkommen enthalten sind, die von der EU abgeschlossen wurden. Die EU muss immer dann entschieden agieren können, wenn Handelspartner eine wirksame Streitbeilegung behindern.

Im Einklang mit den politischen Leitlinien von Präsidentin von der Leyen baut die Kommission das der Union zur Verfügung stehende Instrumentarium weiter aus und engagiert sich damit noch stärker für die Einhaltung und Durchsetzung der Handelsabkommen der EU. In diesem Sinne wurde die Funktion des Leitenden Handelsbeauftragten geschaffen, die Anfang 2020 besetzt wird.

Die Einhaltung der mit anderen Handelspartnern vereinbarten Verpflichtungen gehört zu den obersten Prioritäten der Kommission. Die EU setzt sich daher noch intensiver dafür ein, die von ihren Partnern in multilateralen, regionalen und bilateralen Handelsabkommen eingegangenen Verpflichtungen durchzusetzen. Sie kann sich dabei auf ein ganzes Instrumentarium stützen. Der jetzt vorgelegte Vorschlag wird vom Europäischen Parlament und den EU-Mitgliedstaaten im Rat im Rahmen eines normalen Gesetzgebungsverfahrens genehmigt. (pr) >|

■ Die Leitlinien der Handelspolitik der EU-Kommission

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 13.01.2020 18.00–20.30 Uhr	„Agenda Setting Conference: A Networked Civil Society for Europe“ Konferenz Veranstalter: Das Progressive Zentrum	Futurium Alexanderufer 2 10117 Berlin	www.europatermine.de
> 16.01.2020 16.00–17.30 Uhr	„Plattformtreffen Bremerhaven. Vorbereitung der Europawoche 2020“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Abteilung Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa Stadt Bremen	Klimahaus Bremerhaven Am Längengrad 8 27568 Bremerhaven	www.aufindiewelt.de/ messen/18012020-hannover/
> 18.01.2020 10.00–16.00 Uhr	„Auf in die Welt – Deine Messe für Auslandsaufenthalte und Internationale Bildung“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	Kulturzentrum Freizeithelm Vahrenwald Vahrenwalder Straße 92 30165 Hannover	www.aufindiewelt.de/ messen/18012020-hannover/
> 21.01.2020 18.00–20.00 Uhr	„Teile und herrsche: Europa im Kampf gegen Falschinformation“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Europäische Akademie Berlin Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	www.eab-berlin.eu/event/teile-und-herrsche/
> 22.01.2020 19.00–21.30 Uhr	„Die britische Parlamentswahl – Rückblick und Ausblick“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Dortmund	Auslandsgesellschaft.de e.V. Steinstraße 48 44147 Dortmund	www.europe-direct-dortmund.de/event/britische-parlamentswahl-2019_02/
> 23.01.2020 13.00–18.00 Uhr	„Entsendung von Mitarbeitern ins Ausland“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Industrie- und Handelskammer Cottbus	Industrie- und Handelskammer Cottbus Goethestraße 1 03046 Cottbus	www.cottbus.ihk.de/system/vst/374426?id=340542
> 23.01.2020 18.00 Uhr	„Bürgerdialog zur Zukunft der EU und ihre Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt“ Europa-Gespräch Veranstalter: Europäische Bewegung Sachsen-Anhalt e.V.	Kulturhaus Vor dem Neuperver Tor 10 29410 Salzwedel	https://europagespraech.de/haldensleben/?fbclid=IwAR3wHOSyedHQCzVR8AmWrvVzbnzvj-PAhUH6SGNNFOUQ6VTEhnEDffhrl
> 24.–28.01.2020 09.30–18.00 Uhr	„Europa – gut für Schwaben“ Gemeinschaftsstand auf der Regionalmesse „afa 2020“ Veranstalter: Europe Direct-Informationszentrum Augsburg	Messezentrum 86159 Augsburg	www.augsburg.de/buergerservice-rathaus/europa-und-entwicklungszusammenarbeit
> 25.01.2020 10.00–16.00 Uhr	„Auf in die Welt – Deine Messe für Auslandsaufenthalte und Internationale Bildung“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	Franconian International School Marie-Curie-Straße 2 91052 Erlangen	www.aufindiewelt.de/ messen/18012020-hannover/
> 28.01.2020 13.00–19.00 Uhr	„Skandinavien – Vorreiter in Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Industrie- und Handelskammer Cottbus	Industrie- und Handelskammer Cottbus Goethestraße 1 03046 Cottbus	www.cottbus.ihk.de/system/vst/374426?id=326956&terminid=564143

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2019

NACH FINNLAND

Kroatien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

Mit dem Beginn des neuen Jahres übernimmt Kroatien die EU-Ratspräsidentschaft von Finnland. Während der ersten sechs Monate 2020 leitet das Land die Sitzungen und Tagungen auf allen Ebenen des Rates und sorgt für die Kontinuität der Arbeit der EU im Rat. Als Prioritäten der kroatischen Ratspräsidentschaft formulierte Kroatiens Ministerpräsident Andrej Plenković: Ein Europa, das wächst und sich entwickelt, ein Europa, das Wirtschaft, Energie und Infrastruktur miteinander verbindet, ein Europa, das schützt und ein Europa, das weltweit Einfluss hat.



Im zweiten Halbjahr 2020 wird Deutschland die Ratspräsidentschaft innehaben.

▮ *Ratspräsidentschaft Kroatiens*

INTERNATIONALE GRÜNE WOCHE

Rolle der Verbraucher im Fokus

Die Internationale Grüne Woche (kurz IGW) findet vom 17. bis 26. Januar 2020 bereits zum 85. Mal in Berlin statt. Partnerland der Grünen Woche ist in diesem Jahr Kroatien. Die Besucher erwarten über 1.800 Aussteller mit mehr als 100.000 Produkten aus Deutschland und der Welt. Zu den Themen in diesem Jahr gehört die Rolle der Verbraucher. Unter dem Motto „Du entscheidest“ stehen die Verbraucher und ihre Einflussmöglichkeiten innerhalb der Wertschöpfungskette im Mittelpunkt.



Auch die EU ist auf der Grünen Woche präsent, so findet am 16. Januar von 16.00 Uhr bis 17.00 Uhr die Pressekonferenz der EU-Kommission mit Janusz Wojciechowski, EU-Kommissar für Landwirtschaft, und Stella Kyriakides, EU-Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit statt.

▮ *Internationale Grüne Woche Berlin 2020*

AUFTAKTVERANSTALTUNGEN IM FEBRUAR

Galway und Rijeka sind die Kulturhauptstädte Europas 2020

Die irische Stadt Galway (Foto) sowie die kroatische Stadt Rijeka sind die beiden Kulturhauptstädte Europas 2020. Galway hat sich für das Motto „Let the magic in“ entschieden. Die Auftaktveranstaltung wird am 1. Februar 2020 stattfinden. In Rijeka steht das Kulturhauptstadtjahr unter dem Motto „Port of Diversity“. Auch hier findet die Auftaktveranstaltung am 1. Februar statt.

Im Wettbewerb für die deutsche „Kulturhauptstadt Europas“ 2025 sind unterdessen Chemnitz, Hannover, Hildesheim, Magdeburg und Nürnberg in die Endauswahl gekommen. Die Initiative „Kulturhauptstädte Europas“ soll den Reichtum und die Vielfalt der Kulturen in Europa hervorheben, bei den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl stärken, einem gemeinsamen Kulturkreis anzugehören, und den Beitrag der Kultur zur Entwicklung von Städten unterstützen.

▮ *Kulturhauptstädte Europas*



© littlenySTOCK / Shutterstock.com

„ZEIG MIR DEINE WELT“

Workshop für Mobile Reporting

Wie macht man eigentlich für Instagram, Facebook und Co. coole Postings und Videos, die viele Likes und Follower bringen? Das kann man im Januar in mehreren Workshops der Europäischen Akademie Berlin über Mobile Reporting lernen. Und zwar nicht nur in der grauen Theorie.

Teilnehmen können junge Erwachsene zwischen 16 und 28 Jahren. Ziel des Projektes „Zeig mir deine Welt“ ist es, eine mobile reporting story zu entwickeln, bei der die Teilnehmer ihre jeweilige Nachbarschaft, ihren Kiez, ggf. ihr Zuhause zu zeigen und dabei mit ihren Handys filmen. Mit dem Projekt werden besonders junge Erwachsene aus jüdischen, muslimischen und christlichen Familien angesprochen, die beim Filmen Verständnis füreinander entwickeln sollen. Ihre Stories können die Teilnehmer dann in ihren Netzwerken posten. Geplant sind vier Workshops zwischen dem 16. und 21. Januar. Deadline für die Anmeldung ist der 9. Januar 2020.

▮ *Projekt „Zeig mir deine Welt“*